

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

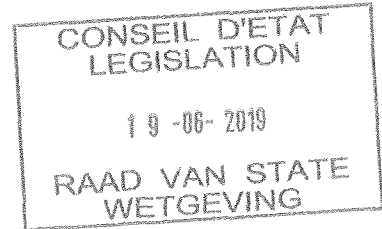
66377/1

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des Ministers für Familie;

Nach Beratung,

Beschließt:



Der für Familie zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'A' followed by a horizontal line.

DEKRETVORENTWURF ZUR BILLIGUNG DES ZUSAMMENARBEITSABKOMMENS VOM 28. DEZEMBER 2018 ZWISCHEN DEM FÖDERALSTAAT, DER FLÄMISCHEN GEMEINSCHAFT, DER WALLONISCHEN REGION, DER GEMEINSAMEN GEMEINSCHAFTSKOMMISSION UND DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT BEZÜGLICH DER ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN INSPEKTIONSDIENSTEN IM RAHMEN DER ZUSTÄNDIGKEITEN IM BEREICH DER FAMILIENLEISTUNGEN

INHALTSANGABE

Durch den vorliegenden Dekretentwurf soll das Zusammenarbeitsabkommen vom 28. Dezember 2018 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Zusammenarbeit zwischen Inspektionsdiensten im Rahmen der Zuständigkeiten im Bereich der Familienleistungen gebilligt werden.



INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen.....	4
Bemerkungen zum Gutachten des Rates für Familienleistungen	5
Kommentar zu dem einzigen Artikel	5
Vorentwurf	6
Anlage	
Zusammenarbeitsabkommen vom 28. Dezember 2018 zwischen dem Föderal- staat, der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemein- samen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Zusammenarbeit zwischen Inspektionsdiensten im Rahmen der Zuständigkeiten im Bereich der Familienleistungen	7
Gutachten des Rates für Familienleistungen.....	8



BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Im Rahmen der Vergemeinschaftung der Familienleistungen besteht weiterhin die Notwendigkeit, für gewisse Themenbereiche innerbelgisch zwischen den Teilstaaten zu kooperieren.

Aufgrund der Übernahme der Zuständigkeit der Inspektionsdienste durch die Teilstaaten darf jeder Teilstaat nur die Familien, die auf seinem Gebiet wohnhaft sind, befragen und kontrollieren.

Wenn ein Inspektionsdienst einer Gebietskörperschaft jedoch Informationen eines Familienangehörigen benötigt, der auf dem Gebiet einer anderen Gebietskörperschaft wohnhaft ist, darf er die Befragung nicht selbst durchführen. Hierfür wird der anfordernde Inspektionsdienst den Inspektionsdienst der betreffenden Gebietskörperschaft bitten, diese Kontrolle durchzuführen und ihm die Informationen zukommen zu lassen. Die erhaltenen Daten werden dem ermittelnden Inspektionsdienst kostenlos zur Verfügung gestellt.

Des Weiteren wird ein Inspektionsdienst, der über Informationen verfügt, die einen Einfluss auf die Anrechte auf Familienleistungen innerhalb einer anderen Gebietskörperschaft haben könnte, diese dem zuständigen Inspektionsdienst weiterleiten.

Die Feststellungen des ausführenden Inspektionsdienstes werden dem anfordernden Inspektionsdienst übermittelt und haben denselben Rechtswert. Diese können somit zur Erstellung eines eigenen Kontrollberichts oder Ergebnis-Protokolls benutzt werden.

Dieses Zusammenarbeitsabkommen tritt nach Zustimmung durch die beteiligten Regierungen und der Unterzeichnung durch alle Parteien, zum 1. Januar für eine unbestimmte Dauer in Kraft.

2. Kommentar zu den Artikeln des Abkommens

Artikel 1. In diesem Artikel werden, um des guten Verständnisses willen, die verschiedenen, im Abkommen verwendeten Begriffe definiert.

Artikel 2. In diesem Artikel wird festgehalten, in welchen Fällen und unter welchen Bedingungen ein Inspektionsdienst eine andere Gebietskörperschaft bitten kann, für ihn Informationen einzuholen und ihm zu übermitteln.

Die Regierung können mittels Zusammenarbeitsprotokoll weitere Modalitäten der Zusammenarbeit festlegen.

Artikel 3. Dieser Artikel legt fest, dass ein Inspektionsdienst einer anderen Gebietskörperschaft Informationen übermitteln muss, wenn dieser zur Feststellung kommt, dass es einen Einfluss auf die Familienleistungen innerhalb der anderen Gebietskörperschaft haben kann.

Artikel 4. Dieser Artikel legt den Rechtswert der Feststellungen der jeweiligen Inspektionsdienste fest.



Artikel 5. Dieser Artikel legt das Inkrafttreten des vorliegenden Abkommens fest.

Artikel 6. Dieser Artikel legt die Dauer des vorliegenden Abkommens für eine unbestimmte Dauer fest.

BEMERKUNGEN ZUM GUTACHTEN DES RATES FÜR FAMILIENLEISTUNGEN

Der Rat für Familienleistungen erteilt zum Dekretvorentwurf ein positives Gutachten.

Der Rat für Familienleistungen schlägt in seinem Gutachten vor, dass die Inspektoren vereidigt werden. Dazu ist anzumerken, dass die Inspektoren in Anwendung von Artikel 67 des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen bestellt werden und auch ohne Vereidigung ihre Befugnisse ausüben.

Der Rat hält auch fest, dass seiner Meinung nach, Fristen für die Bearbeitung der Inspektionen festzulegen sind. Es ist darauf hinzuweisen, dass es keine besonderen Fristen gibt und dass die Inspektionsaufgaben in dieselbe Viermonatsfrist wie die restliche Aktenbearbeitung fallen.

Der Rat fordert, dass die Inspektionsberichte, welche von den Inspektionsdiensten anderer Gebietskörperschaften im Auftrag des Dienstes der Deutschsprachigen Gemeinschaft erstellt werden, für die Betroffenen in deutscher Sprache vorliegen. Hier ist anzumerken, dass der Sprachengebrauch in Verwaltungsangelegenheiten durch das Gesetz vom 31. Dezember 1983 geregelt ist. Entscheidungen werden auf Deutsch, oder auf Anfrage auf Französisch, mitgeteilt. Das ist auch der Fall, wenn Inspektionen, im Auftrag der Deutschsprachigen Gemeinschaft, durch eine andere Gebietskörperschaft durchgeführt wurden.

KOMMENTAR ZU DEM EINZIGEN ARTIKEL

Einzigster Artikel

Der einzige Artikel bedarf keines besonderen Kommentars.

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales
A. ANTONIADIS



VORENTWURF

Dekretvorentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 28. Dezember 2018 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Zusammenarbeit zwischen Inspektionsdiensten im Rahmen der Zuständigkeiten im Bereich der Familienleistungen

Einzigter Artikel – Das Zusammenarbeitsabkommen vom 28. Dezember 2018 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Zusammenarbeit zwischen Inspektionsdiensten im Rahmen der Zuständigkeiten im Bereich der Familienleistungen, wird gebilligt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident
O. PAASCH

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales
A. ANTONIADIS

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'A' followed by a horizontal line.

ANLAGE

ZUSAMMENARBEITSABKOMMEN VOM 28. DEZEMBER 2018 ZWISCHEN DEM FÖDERALSTAAT, DER FLÄMISCHEN GEMEINSCHAFT, DER WALLONISCHEN REGION, DER GEMEINSAMEN GEMEINSCHAFTSKOMMISSION UND DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT BEZÜGLICH DER ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN INSPEKTIONSDIENSTEN IM RAHMEN DER ZUSTÄNDIGKEITEN IM BEREICH DER FAMILIENLEISTUNGEN

Als Anlage separat beigelegt.

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'A' followed by a horizontal line.

**ZUSAMMENARBEITSABKOMMEN ZWISCHEN DEM FÖDERALSTAAT,
DER FLÄMISCHEN GEMEINSCHAFT, DER WALLONISCHEN REGION,
DER GEMEINSAMEN GEMEINSCHAFTSKOMMISSION UND DER
DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT BEZÜGLICH DER
ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN INSPEKTIONSDIENSTEN IM
RAHMEN DER ZUSTÄNDIGKEITEN IM BEREICH DER
FAMILIENLEISTUNGEN**

EINLEITENDER TEXT

In der Erwägung, dass die Zuständigkeitsübertragung im Bereich der Familienleistungen an die Gebietskörperschaften im Rahmen der sechsten Staatsreform sich unter anderem auf die Kontrolle der Einhaltung der Gesetzgebung im Bereich der Familienleistungen und der Umsetzung von strafrechtlichen und verwaltungsrechtlichen Sanktionen bezieht,

In der Erwägung, dass die Flämische Gemeinschaft, die Wallonische Region, die Deutschsprachige Gemeinschaft und die Gemeinsame Gemeinschaftskommission deshalb jeweils über eine eigene und ausschließliche Zuständigkeit im Bereich der Kontrolle und Durchsetzung von Vorschriften der Angelegenheiten, für die sie zuständig sind, verfügen;

In der Erwägung, dass dieses Abkommen die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Inspektionsdiensten der Gebietskörperschaften koordiniert, mit dem Vorteil, dass damit den umfassenden und koordinierten Charakter der Politik im Bereich des Kampfes gegen Sozialbetrug gewährleistet wird;

Aufgrund Artikel 23 der Verfassung;

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 92bis und Artikel 94 § 1bis, eingefügt durch Artikel 44 des Sondergesetzes vom 6. Januar 2014 über die Sechste Staatsreform;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 60sexies, eingefügt durch Artikel 37 des Gesetzes vom 19. April 2014 zur Abänderung des Gesetzes über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft;

Aufgrund des Sonderdekrets der Französischen Gemeinschaft vom 3. April 2014 über die Befugnisse der Französischen Gemeinschaft, deren Ausübung an die Wallonische Region und die Französische Gemeinschaftskommission übertragen wird und des Dekrets der Wallonischen Region vom 11. April 2014 über die Befugnisse der Französischen Gemeinschaft, deren Ausübung an die Wallonische Region und die Französische Gemeinschaftskommission übertragen wird;

Aufgrund des wallonischen Dekrets vom 8. Februar 2018 bezüglich der Verwaltung und der Zahlung der Familienleistungen;

Aufgrund des Dekrets der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 23. April 2018 bezüglich der Familienleistungen;

Aufgrund des Dekrets der Flämischen Gemeinschaft vom 27. April 2018 zur Regelung der Zulagen im Rahmen der Familienpolitik, Artikel 126, § 3;

Aufgrund des auf der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission anwendbaren Allgemeinen Familienbeihilfengesetzes vom 19. Dezember 1939;

Aufgrund des im Konzertierungsausschuss vom 19. Dezember 2018
erzielten Abkommens;

Der Föderalstaat, vertreten durch die Ministerin der Sozialen
Angelegenheiten und der Volksgesundheit;

Die Flämische Gemeinschaft, vertreten durch den Ministerpräsidenten und den Minister für Wohlfahrt, Volksgesundheit und Familie;

Die Wallonische Region, vertreten durch den Ministerpräsidenten und die Ministerin für soziale Maßnahmen, Gesundheit, Chancengleichheit, den öffentlichen Dienst und die administrative Vereinfachung;

Die Deutschsprachige Gemeinschaft, vertreten durch den Ministerpräsidenten und den Minister für Familie, Gesundheit und Soziales;

Die Gemeinsame Gemeinschaftskommission, vertreten durch den Vorsitzenden des Vereinigten Kollegiums und die Mitglieder des Vereinigten Kollegiums, zuständig für die Unterstützung der Personen, Familienpolitik und Filmzensur;

vereinbaren Folgendes:

Artikel 1 - Bei der Anwendung dieses Zusammenarbeitsprotokolls und nur in diesem Rahmen versteht man unter:

1 - **Gebietskörperschaften:** die Gemeinsame Gemeinschaftskommission, mit territorialer Zuständigkeit für die zweisprachige Region Brüssel-Hauptstadt; die Flämische Gemeinschaft, mit territorialer Zuständigkeit für das niederländische Sprachgebiet; die Wallonische Region, mit territorialer Zuständigkeit für das französische Sprachgebiet, sowie die Deutschsprachige Gemeinschaft mit territorialer Zuständigkeit für das deutsche Sprachgebiet;

2 - **Inspektionsdienst:** Dienst, der Kontrollen im Hinblick auf die Zuständigkeit im Bereich der Familienleistungen durchführt und von der betreffenden Gebietskörperschaft zu diesem Zweck beauftragt wurde.

Art. 2 - Stellt der zuständige Inspektionsdienst fest, dass er Daten zur Wahrung der Anrechte auf Familienleistungen benötigt, die nur durch eine Kontrolle in einer anderen Gebietskörperschaft festzustellen sind, dann richtet er ein Ersuchen an den Inspektionsdienst dieser Gebietskörperschaft. Der Inspektionsdienst dieser Gebietskörperschaft stellt dem anfordernden Inspektionsdienst, die Informationen kostenlos zur Verfügung.

Die Regierungen der Gebietskörperschaften können weitere Modalitäten für die in Absatz 1 genannte Zusammenarbeit festlegen.

Art. 3 - Gelangt ein Inspektionsdienst zu Feststellungen, die die Anrechte auf Familienleistungen einer anderen Gebietskörperschaft beeinflussen können, dann meldet er dies dem zuständigen Inspektionsdienst.

Die Regierungen der Gebietskörperschaften können weitere Modalitäten für die in Absatz 1 genannte Zusammenarbeit festlegen.

Art. 4 - Die Feststellungen des ausführenden Inspektionsdienstes haben den gleichen Rechtswert wie die des anfordernden Inspektionsdienstes selbst und können zur Erstellung eines eigenen Kontrollberichts oder Ergebnis-Protokolls herangezogen werden.

Art. 5 - Dieses Zusammenarbeitsprotokoll wird mit dem 1. Januar 2019 - nach der Billigung durch die beteiligten Regierungen und der Unterzeichnung durch alle Parteien - wirksam.

Art. 6 - Mit der Unterzeichnung durch alle Parteien wird dieses Zusammenarbeitsprotokoll für eine unbestimmte Dauer abgeschlossen.

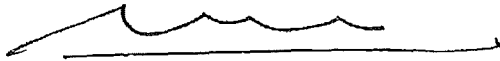
Der Föderalstaat ist für den Zeitraum vom 1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2019 Vertragspartei dieses Zusammenarbeitsabkommens. In diesem Zusammenhang gelten die Bestimmungen der Artikel 1 bis 4 für die Inspektionsdienste von Famifed.

28. Dezember 2018

Unterzeichnet in Brüssel, am xx/xx/xxxx, in einer Originalausfertigung in deutscher, französischer und niederländischer Sprache, die dem Zentralen Sekretariat des Konzertierungsausschusses vorgelegt wird.

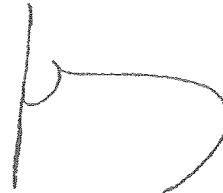
Der Premierminister	Ministerin der sozialen Angelegenheiten und der Volksgesundheit, Asyl und Migration
	
Charles Michel	Frau Maggie De Block

Ministerpräsident der Regierung der
Flämischen Gemeinschaft



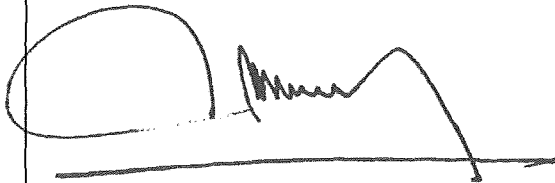
Herr Geert Bourgeois

Flämischer Minister für Wohlfahrt,
Volksundheit und Familie



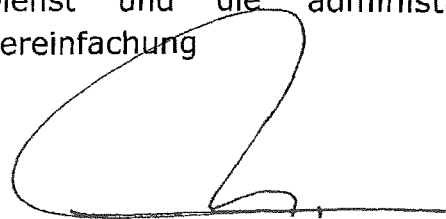
Herr Jo Vandeurzen

Ministerpräsident der Wallonischen
Region



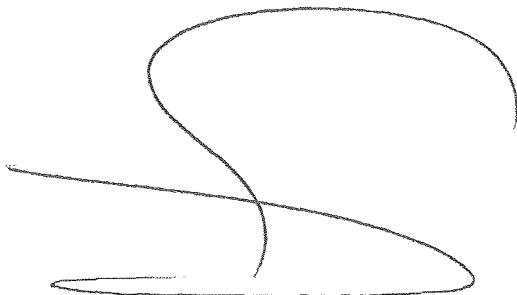
Herr Willy Borsus

Wallonische Ministerin für soziale
Maßnahmen, Gesundheit,
Chancengleichheit, den öffentlichen
Dienst und die administrative
Vereinfachung



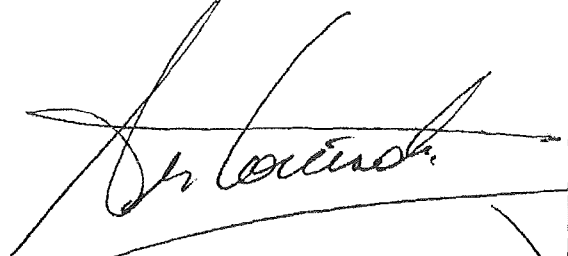
Frau Alda Greoli

Ministerpräsident der
Deutschsprachigen Gemeinschaft



Herr Oliver Paasch

Minister der Deutschsprachigen
Gemeinschaft für Familie,
Gesundheit und Soziales



Herr Antonios Antoniadis

Vorsitzender des Vereinigten
Kollegiums der Gemeinsamen
Gemeinschaftskommission

Herr Rudi Vervoort

Mitglied des Vereinigten
Kollegiums, zuständig für die
Unterstützung der Personen,
Familienleistungen und Filmzensur

Frau Céline Fremault

Mitglied des Vereinigten Kollegiums,
zuständig für die Unterstützung der
Personen, Familienleistungen und
Filmzensur

Herr Pascal Smet

GUTACHTEN DES RATES FÜR FAMILIENLEISTUNGEN

Als Anlage separat beigelegt.

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'A' with a horizontal line extending to the right.

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Op de voordracht van de Minister van Gezin;

Na beraadslaging,

Besluit:

De Minister bevoegd voor Gezin is ermee belast bij het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap het ontwerp van decreet in te dienen waarvan de tekst hierna volgt:

VOORONTWERP VAN DECREET HOUDENDE INSTEMMING MET HET SAMENWERKINGSAKKOORD VAN 28 DECEMBER 2018 TUSSEN DE FEDERALE STAAT, DE VLAAMSE GEMEENSCHAP, HET WAALSE GEWEST, DE GEMEENSCHAPPELIJKE GEMEENSCHAPSCOMMISSIE EN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP BETREFFENDE DE SAMENWERKING TUSSEN INSPECTIEDIENSTEN IN HET KADER VAN DE BEVOEGDHEDEN INZAKE GEZINSBIJSLAGEN

INHOUD

Het voorliggende decreet heeft tot doel instemming te verlenen met het Samenwerkingsakkoord van 28 december 2018 tussen de Federale Staat, de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de samenwerking tussen inspectiediensten in het kader van de bevoegdheden inzake gezinsbijslagen.

INHOUDSOPGAVE

	Pagina
Memorie van toelichting	4
Algemene toelichting.....	4
Opmerkingen bij het advies van de Raad voor Gezinsbijslagen.....	5
Bespreking van het enige artikel.....	5
Voorontwerp	6
Bijlage	
Samenwerkingsakkoord van 28 december 2018 tussen de Federale Staat, de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de samenwerking tussen inspectiediensten in het kader van de bevoegdheden inzake gezinsbijslagen.....	7
Advies van de Raad voor Gezinsbijslagen.....	8

MEMORIE VAN TOELICHTING

ALGEMENE TOELICHTING

In het kader van de bevoegdheid voor de gezinsbijslagen blijft de samenwerking tussen de Belgische deelentiteiten voor bepaalde aspecten noodzakelijk.

Aangezien de bevoegdheid voor de inspectiediensten aan de deelentiteiten werd overgedragen, mogen de deelentiteiten alleen gezinnen bevragen en controleren die op hun grondgebied wonen.

Als een inspectiedienst van een deelentiteit echter inlichtingen nodig heeft over een gezinslid dat op het grondgebied van een andere deelentiteit woont, mag die inspectiedienst de bevraging niet zelf uitvoeren. De verzoekende inspectiedienst zal de inspectiedienst van de betrokken deelentiteit vragen om die controle uit te voeren en om hem de inlichtingen toe te zenden. De inspectiedienst die de controle uitvoert, zal de gevraagde gegevens kosteloos ter beschikking stellen van de inspectiedienst die het verzoek formuleerde.

Een inspectiedienst die beschikt over gegevens die invloed kunnen hebben op de rechten inzake gezinsbijslagen in een andere deelentiteit zal die gegevens bovendien melden aan de bevoegde inspectiedienst.

De vaststellingen van de uitvoerende inspectiedienst worden overgezonden aan de verzoekende inspectiedienst en hebben dezelfde juridische waarde als die van de verzoekende inspectiedienst. De verzoekende inspectiedienst kan die vaststellingen dus gebruiken om haar eigen controleverslag of proces-verbaal op te stellen.

Dit samenwerkingsakkoord treedt in werking op 1 januari na goedkeuring door de betrokken regeringen en na ondertekening door alle partijen.

Toelichting bij de artikelen van het samenwerkingsakkoord

Artikel 1. In dit artikel worden de verschillende begrippen die in het samenwerkingsakkoord worden gebruikt, ter verduidelijking gedefinieerd.

Artikel 2. In dit artikel wordt bepaald in welke gevallen en onder welke voorwaarden een inspectiedienst een andere deelentiteit kan vragen om informatie voor hem in te winnen en hem de gevraagde informatie te bezorgen.

De regeringen kunnen verdere modaliteiten met betrekking tot de samenwerking vastleggen in een samenwerkingsprotocol.

Artikel 3. Dit artikel bepaalt dat een inspectiedienst van een andere deelentiteit informatie moet meedelen als hij vaststelt dat die informatie invloed kan hebben op de gezinsbijslagen in een andere deelentiteit.

Artikel 4. Dit artikel bepaalt de juridische waarde van de vaststellingen van de uitvoerende inspectiediensten.

Artikel 5. Dit artikel bepaalt de datum van inwerkingtreding van het voorliggende samenwerkingsakkoord.

Artikel 6. Dit artikel bepaalt dat het voorliggende samenwerkingsakkoord voor onbepaalde duur wordt gesloten.

OPMERKINGEN BIJ HET ADVIES VAN DE RAAD VOOR GEZINSBIJSLAGEN

De Raad voor Gezinsbijslagen verstrekt een positief advies over het voorontwerp van decreet.

De Raad voor Gezinsbijslagen stelt in zijn advies voor om een beëdiging van de inspecteurs te eisen. Daarbij valt op te merken dat de inspecteurs met toepassing van artikel 67 van het decreet van 23 april 2018 betreffende de gezinsbijslagen aangesteld worden en ook zonder beëdiging hun bevoegdheden uitoefenen.

Voorts is de Raad van oordeel dat termijnen voor de verwerking van de inspecties moeten worden bepaald. Daarbij moet worden opgemerkt dat er geen bijzondere termijnen zijn en dat de inspectietaken binnen dezelfde termijn van vier maanden vallen als de rest van de dossierverwerking.

De Raad eist dat de inspectieverslagen die in opdracht van de inspectiedienst van de Duitstalige Gemeenschap opgemaakt worden door de inspectiediensten van andere deelentiteiten, in het Duits beschikbaar zijn voor de betrokkenen. Daarbij valt op te merken dat het taalgebruik in bestuurszaken geregeld wordt bij de wet van 31 december 1983. De beslissingen worden meegedeeld in het Duits of, als daarom wordt verzocht, in het Frans. Dat is ook het geval wanneer inspecties in opdracht van de Duitstalige Gemeenschap uitgevoerd worden door een andere deelentiteit.

BESPREKING VAN HET ENIGE ARTIKEL

Enig artikel

Het enige artikel behoeft geen bijzondere toelichting.

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden
A. ANTONIADIS

VOORONTWERP

Voorontwerp van decreet houdende instemming met het Samenwerkingsakkoord van 28 december 2018 tussen de Federale Staat, de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de samenwerking tussen inspectiediensten in het kader van de bevoegdheden inzake gezinsbijslagen

Enig artikel – Instemming wordt verleend met het Samenwerkingsakkoord van 28 december 2018 tussen de Federale Staat, de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de samenwerking tussen inspectiediensten in het kader van de bevoegdheden inzake gezinsbijslagen.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President
O. PAASCH

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden
A. ANTONIADIS

BIJLAGE

**SAMENWERKINGSAKKOORD VAN 28 DECEMBER 2018 TUSSEN DE FEDERALE STAAT,
DE VLAAMSE GEMEENSCHAP, HET WAALSE GEWEST, DE GEMEENSCHAPPELIJKE GE-
MEENSCHAPSCOMMISSIE EN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP BETREFFENDE DE SA-
MENWERKING TUSSEN INSPECTIEDIENSTEN IN HET KADER VAN DE BEVOEGDHEDEN
INZAKE GEZINSBIJSLAGEN**

Bijlage: afzonderlijk bijgevoegd.

**SAMENWERKINGSAKKOORD TUSSEN DE FEDERALE STAAT, DE
VLAAMSE GEMEENSCHAP, HET WAALSE GEWEST, DE
GEMEENSCHAPPELIJKE GEMEENSCHAPSCOMMISSIE EN DE
DUITSTALIGE GEMEENSCHAP BETREFFENDE DE SAMENWERKING
TUSSEN INSPECTIEDIENSTEN IN HET KADER VAN DE
BEVOEGDHEDEN INZAKE GEZINSBIJSLAGEN**

PREAMBULE

Overwegende dat de bevoegdheidsoverdracht inzake gezinsbijslagen aan de deelentiteiten in het kader van de zesde staatshervorming tevens betrekking heeft op de controle op de naleving van de regelgeving inzake gezinsbijslagen en uitvoering van strafrechtelijke en administratieve sancties,

Overwegende dat de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Duitstalige Gemeenschap en de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie, ieder wat hen betreft, sindsdien immers een eigen en exclusieve bevoegdheid hebben inzake de controle en de handhaving van de regels voor de materies waarvoor ze bevoegd zijn;

Overwegende dat dit akkoord de samenwerking tussen de verschillende sociale inspectiediensten van de deelentiteiten coördineert, met het voordeel dat dit het globale en gecoördineerde karakter van het beleid inzake de strijd tegen sociale fraude waarborgt;

Gelet op artikel 23 van de Grondwet;

Gelet op de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, artikel 92bis en artikel 94, § 1bis, ingevoegd door artikel 44 van de bijzondere wet van 6 januari 2014 met betrekking tot de zesde staatshervorming;

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, artikel 60sexies, ingevoegd door artikel 37 van de wet van 19 april 2014 tot wijziging van de wet tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het bijzonder decreet van de Franse Gemeenschap van 3 april 2014 betreffende de bevoegdheden van de Franse Gemeenschap waarvan

de uitoefening naar het Waalse Gewest en de Franse Gemeenschapscommissie wordt overgedragen en het decreet van het Waalse Gewest van 11 april 2014 betreffende de bevoegdheden van de Franse Gemeenschap waarvan de uitoefening aan het Waalse Gewest en aan de Franse Gemeenschapscommissie wordt overgedragen;

Gelet op het Waalse decreet van 8 februari 2018 betreffende het beheer en de betaling van de gezinsbijslagen;

Gelet op het decreet van de Duitstalige Gemeenschap van 23 april 2018 met betrekking tot de gezinsbijslagen;

Gelet op het decreet van de Vlaamse Gemeenschap van 27 april 2018 tot regeling van de toelagen in het kader van het gezinsbeleid, artikel 126, §3;

Gelet op de Algemene kinderbijslagwet van 19 december 1939 toepasselijk voor de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie;

Gelet op het akkoord in het Overlegcomité van 19 december 2018;

Tussen

De federale staat, vertegenwoordigd door de minister bevoegd voor Sociale Zaken en Volksgezondheid;

De Vlaamse Gemeenschap, vertegenwoordigd door de minister-president en de minister van Welzijn, Volksgezondheid en Gezin;

Het Waalse Gewest, vertegenwoordigd door de minister-president en de minister van Sociale Actie, Gezondheid, Gelijke Kansen, Ambtenarenzaken en Administratieve Vereenvoudiging;

De Duitstalige Gemeenschap, vertegenwoordigd door de minister-president en de minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden;

De Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie, vertegenwoordigd door de voorzitter van het Verenigd College en de leden van het Verenigd

College, bevoegd voor het beleid inzake Bijstand aan personen, het Gezinsbeleid en de Filmkeuring;

Wordt het volgende overeengekomen:

Artikel 1. Voor de toepassing van dit samenwerkingsakkoord en alleen in dat kader moet verstaan worden onder:

1° **deelentiteiten:** de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie, voor de gebiedsomschrijving van het tweetalige gebied Brussel-Hoofdstad; de Vlaamse Gemeenschap, voor de gebiedsomschrijving van het Nederlandse taalgebied; het Waalse Gewest, voor de gebiedsomschrijving van het Franse taalgebied en de Duitstalige Gemeenschap, voor de gebiedsomschrijving van het Duitse taalgebied;

2° **inspectiedienst:** dienst die inspecties uitvoert met betrekking tot de bevoegdheid inzake gezinsbijslagen daartoe aangeduid door de betrokken deelentiteit.

Art. 2. Indien de bevoegde inspectiedienst vaststelt dat zij behoefte heeft aan gegevens noodzakelijk om de rechten inzake gezinsbijslagen te kunnen vrijwaren, die enkel kunnen vastgesteld worden door een controle uit te voeren op het grondgebied van een andere deelentiteit, richt zij een verzoek daartoe tot de inspectiedienst van deze laatste deelentiteit. De inspectiedienst van deze deelentiteit bezorgt kosteloos de gevraagde informatie aan de inspectiedienst die het verzoek formuleerde.

De regeringen van de deelentiteiten kunnen verdere modaliteiten vastleggen met betrekking tot de samenwerking in het eerste lid.

Art. 3. Indien een inspectiedienst vaststellingen doet die een gevolg kunnen hebben op de rechten inzake gezinsbijslagen van een andere deelentiteit, meldt zij dit aan de bevoegde inspectiedienst.

De regeringen van de deelentiteiten kunnen verdere modaliteiten vastleggen met betrekking tot de samenwerking in het eerste lid.

Art. 4. De vaststellingen van de uitvoerende inspectiedienst hebben dezelfde juridische waarde als die welke de verzoekende inspectiedienst zelf

heeft gedaan en kunnen door haar worden gebruikt om haar eigen controleverslag of proces-verbaal op te stellen.

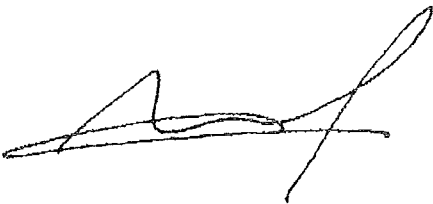
Art. 5. Dit samenwerkingsakkoord heeft uitwerking vanaf 1 januari 2019 na goedkeuring door de betrokken regeringen en ondertekening door alle partijen.

Art. 6. Dit samenwerkingsakkoord wordt gesloten voor een onbepaalde duur vanaf de ondertekening door alle partijen.

De federale staat is partij bij deze samenwerkingsovereenkomst voor de periode van 1 januari 2019 tot 31 december 2019. In die context zijn de bepalingen van de artikelen 1 tot 4 van toepassing op de inspectiediensten van Famifed.

28 december 2018

Getekend te Brussel, op xx/xx/xxxx, in een enkel oorspronkelijk exemplaar in het Nederlands, het Frans en het Duits, dat zal worden neergelegd bij het Centraal Secretariaat van het Overlegcomité.

<p>De Eerste Minister</p>  <p>De Heer Charles Michel</p>	<p>Minister van Sociale Zaken en Volksgezondheid, en van Asiel en Migratie</p>  <p>Mevrouw Maggie De Block</p>
---	--

Minister-president van de regering
van het Vlaamse Gewest



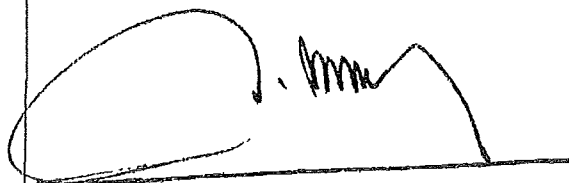
De heer Geert Bourgeois

Vlaams minister van Welzijn,
Volksgezondheid en Gezin



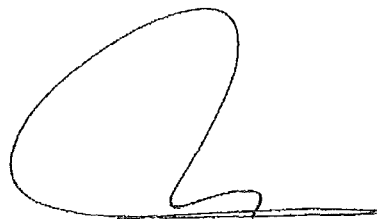
De heer Jo Vandeuren

Minister-president van het Waalse
Gewest



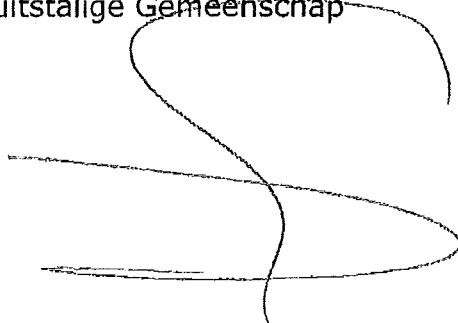
De heer Willy Borsus

Waals minister van Sociale Actie,
Gezondheid, Gelijke Kansen,
Ambtenarenzaken en
Administratieve Vereenvoudiging



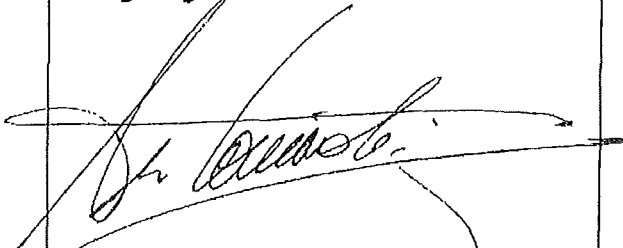
Mevrouw Alda Greoli

Minister-president van de
Duitstalige Gemeenschap



De heer Oliver Paasch

Minister van de Duitstalige
Gemeenschap van Gezin,
Gezondheid en Sociale
Aangelegenheden

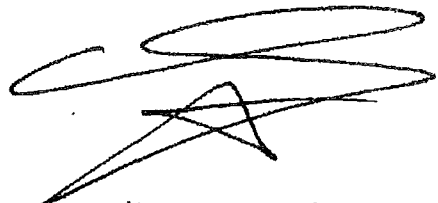


De heer Antonios Antoniadis

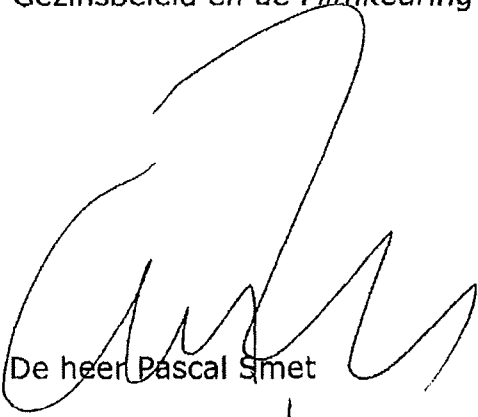
Voorzitter van het Verenigd College
van de Gemeenschappelijke
Gemeenschapscommissie


De heer Rudi Vervoort

Lid van het Verenigd College,
bevoegd voor het beleid inzake
Bijstand aan personen, het
Gezinsbeleid en de Filmkeuring


Mevrouw Céline Fremault

Lid van het Verenigd College,
bevoegd voor het beleid inzake
Bijstand aan personen, het
Gezinsbeleid en de Filmkeuring


De heer Pascal Smet

ADVIES VAN DE RAAD VOOR GEZINSBIJSLAGEN

Bijlage: afzonderlijk bijgevoegd.